

Kiel, 17.09.2009

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 18, CO₂-Endlager verbieten (Drucksache 16/2810neu)

Olaf Schulze:

Klares Stoppsignal für CO₂-Endlager in ganz Deutschland setzen!

Im Landtag herrscht Einigkeit darüber, dass Schleswig-Holstein kein Endlager für aus Kohlekraftwerken in ganz Deutschland abgeschiedenes CO₂ werden darf. Das ist ein gutes Zwischen, aber eben noch kein Endergebnis zum Thema CCS (Carbon Capture and Storage)-Technik, die wir als SPD insgesamt als einen Irrweg und eine Sackgasse auf dem Weg in eine Energiezukunft zu 100 % aus erneuerbaren Energien sehen.

Wir müssen unsere ganze Kraft in Schleswig-Holstein weiter einsetzen, **damit in Berlin nicht ein CCS-Gesetz beschlossen wird**, das nur den Interessen der Kohle-Lobby genügt, aber nicht den Menschen in unserem Land. Alles, was Herr Carstensen mit seinem Machtwort gelungen ist, ist eine Denkpause bis nach der Bundestagswahl. Was dann eine CDU-geführte Bundesregierung will, ist klar und beängstigend. Im Kuddelmuddel des von Frau Merkel verkündeten CCS-Moratoriums ist untergegangen, dass die CDU bis zuletzt durchsetzen wollte: Duldungspflichten der Grundeigentümer bei CO₂-Probebohrungen und Haftungserleichterungen für die CO₂-Endlagerbetreiber. Wir können uns daher leider leicht vorstellen, was die CDU mit einer wieder von RWE und Vattenfall geführten Feder in einen neuen CCS-Gesetzesentwurf reinschreiben wird.

Der überraschende und halbherzige Meinungswandel des noch Ministerpräsidenten und bei der CDU in Schleswig-Holstein zum CO₂-Endlager spricht nicht für engagiertes

politisches Denken und eigene Einsicht. Wer nur die fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung als Grund für den Stopp eines CO₂-Endlagers anführt, wird **auch bald wieder in seiner Meinung umkippen**. Es ist geradezu zynisch, wenn Frau Merkel die begründeten Ängste und Argumente zum CO₂-Endlager mit der Angst vor einer Mineralwasserflasche vergleicht und PISA-Hilfe für Schleswig-Holstein anbietet.

Was wir nun schnell in Schleswig-Holstein auf den Weg bringen müssen, ist im vorliegenden Antrag niedergelegt. Den potentiellen Betreibern von CO₂-Endlagern – vor allem der RWE-DEA – darf keinerlei Unterstützung durch die Landesregierung bei der Erkundung potentieller CO₂-Lagerstätten gewährt werden. Egal auf welcher Rechtsgrundlage fußend: **Seismografische Untersuchungen müssen auf Dauer gestoppt werden**.

Damit nicht die falsche Richtung vorgegeben wird, muss auf der anderen Seite nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in ganz Deutschland die Endlagerung von CO₂ – ggf. konditioniert und zeitlich befristet – gesetzlich verboten werden. Wir fordern, dass **Wiederverwendung von abgedichtetem CO₂ Vorrang vor der Endlagerung** haben muss. Hierauf sollten wir die Forschung und Entwicklung konzentrieren.

Zum Schluss möchte ich gleich auf das zu erwartende Mantra der CDU eingehen: Ja, es gibt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, auf den wir beim Festhalten beim Atomausstieg stolz sind. Sein Festhalten an der CCS-Technik als Weltklimarettung finden wir nicht nur in Schleswig-Holstein falsch und unverständlich, das haben wir ihm auch unmissverständlich gesagt. Eine große Volkspartei muss eben auch unterschiedliche Positionen diskutieren, aber im Ergebnis den richtigen Weg gehen: Möglichst bald **eine auf 100 % erneuerbare Energien basierende Energiepolitik** im Strombereich realisieren – ohne Atom- und Kohlekraft. Lassen Sie uns dazu mit der Annahme des Antrags ein klares Zeichen aus dem Norden geben, das bald auch in ganz Deutschland wirken wird.